



Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustandkommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Paß niemals.

Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.

Berthold Brecht, Flüchtlingsgespräche

Solidarity City – eine Stadt für alle

Bei Grenzen denken die meisten an Mauern, Zäune, Schlagbäume und Zollkontrollen. In anderen steigen Bilder von seeuntüchtigen Booten auf, mit denen Menschen unter Einsatz ihres Lebens versuchen, die Grenzen zu überwinden, die Europa hermetisch abriegeln. Nach außen ist Europa längst zur Festung geworden, während die Landesgrenzen für Europäerinnen und Europäer kaum mehr zu merken sind. Doch das Grenzregime hat sich längst ins Innerste des Alltags verschoben. Für Migrantinnen und Migranten ist es allgegenwärtig. Mit unsichtbaren Trennlinien durchzieht es das Leben. Es schließt aus und errichtet Schlagbäume vor allem, was Menschen brauchen, die in diesem Land leben. Einen Job finden und seine Rechte am Arbeitsplatz durchsetzen, ein Bankkonto eröffnen, eine Wohnung mieten und anmelden, sich ärztlich versorgen lassen, sich für ein Studium einschreiben, die Kinder zum Kindergarten oder zur Schule anmelden – wie frei der Zugang zu all diesen Möglichkeiten ist, hängt von einer komplizierten Architektur von Barrieren ab, die im Aufenthalts- und Asylrecht definiert sind. Damit ist ein intransparentes und strikt hierarchisierendes System von Bleiberechten und von Zugängen zu sozialer, politischer und kultureller Teilhabe errichtet, das die Gesellschaft entlang von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus spaltet - von der grundsätzlichen Zuerkennung bis hin zur gänzlichen Negierung des elementaren Rechts aller Menschen, Rechte zu haben.

Am prekärsten ist der Status der Duldung. Denn damit ist der Aufenthalt unwiderruflich für unrechtmäßig erklärt, aber insoweit auf Zeit geduldet, als die Abschiebung zwar vorübergehend ausgesetzt ist, aber jederzeit kommen kann. Wer aber gar keine Aufenthaltspapiere hat, lebt ganz und gar in einer Schattenexistenz und in beständiger Gefahr und Angst, entdeckt, inhaftiert und sofort abgeschoben zu werden.

Die Städte denen, die darin wohnen

Städte sind seit jeher Orte der Migration, der auseinanderdriftenden sozialen Gegensätze und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um beides. Hier verknüpfen sich die Kämpfe um soziale, politische und kulturelle Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger mit dem Recht zu Bleiben. Im Konfliktfeld um ein immer restriktiveres Asylrecht und das Wahren der Menschenrechte begehren immer mehr Städte in Europa auf und erklären sich zu Solidarity Cities. Gemeinsam beziehen sie sich auf vier tragende Säulen des Solidarity-City-Prinzips:

- „Access without fear“ – Zugang zu allen Ressourcen der Stadt für alle und ohne Angst
- „Dont' ask, don't tell“ – keine Fragen nach dem Aufenthaltsstatus, auch nicht bei Behörden, und keine Meldung an Ausländerbehörden oder Polizei
- „No racist controls“ – keine polizeilichen oder anderen Kontrollen nach ethnischen oder rassistischen Kriterien
- „Stop all Deportations“ – keine Abschiebungen

Das Solidarity-City-Prinzip löst das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe von der Staatsangehörigkeit und dem gesetzlich definierten Aufenthaltsstatus und verankert es stattdessen in der Zugehörigkeit zur Stadtgesellschaft und einem Prozess politischer Aushandlungen von unten. Dadurch eröffnet sich ein Aktionsfeld, in dem das nationale Grenzregime auf lokaler Ebene infrage gestellt werden kann: Es wird überall da aufgehoben, wo Menschen miteinander leben und füreinander eintreten, wo sie sich organisieren, Rechte einfordern und dadurch gesellschaftliche Veränderungen anstoßen. Migrant*innen und Nichtmigrant*innen sind dabei gleichermaßen Subjekte einer politischen Praxis des „doing equality“, des täglichen Herstellens von sozialer Gleichheit in der Stadt.

Dabei wird die Solidarität mit Geflüchteten zum Ausgangspunkt genommen für neue Visionen von einer „Stadt für alle“. In einer solchen Stadt der Solidarität sollen „alle Menschen teilhaben und das Stadtleben mitgestalten können – unabhängig von Aufenthaltsstatus, finanziellen Möglichkeiten, Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität, Religion.“ (Selbstverständnis Solidarity City). Das macht die Solidarity City-Idee anschlussfähig zu anderen Bewegungen und Konflikten um soziale Rechte und gegen Ungleichheit. Denn der Neoliberalisierungsprozess drängt immer mehr Menschen in den Stadtgesellschaften an den Rand und schließt sie faktisch von Teilhabe aus.

Nicht utopisch, sondern machbar: Solidarity City in der Praxis

Die Vorbilder für das Solidarity-City-Prinzip sind die Sanctuary Cities in den USA und in Kanada. Die sogenannten Zufluchtsstädte, gehen auf die 1980er Jahre zurück, als in den USA zahlreiche Kirchen ihre Türen für Menschen öffneten, die vor den Kriegen und bewaffneten Konflikten in Mittelamerika auf der Flucht waren. Der Druck dieser Bewegung war so stark, dass viele Städte und Kommunen die Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden bei Abschiebungen verweigerten und kommunale Dienstleistungen unabhängig von den Papieren für alle ihre Bürgerinnen und Bürger öffneten. Bis heute zählen sich in den USA etwa 300 Kommunen zu den Sanctuary Cities, bieten Eingewanderten ohne Papiere einen sicheren Zufluchtsort und verweigern konsequent die Abschiebung ihrer Stadtbürgerinnen und -bürger. Der Trump Administration sind sie ein Dorn im Auge, und sie werden zunehmend unter Druck gesetzt.

Wenn es um Vorbilder für Europa geht, werden häufig New York in den USA und Toronto in Kanada genannt. Dort geht es – wie in vielen anderen Sanctuary-Kommunen auch - um deutlich mehr als den Schutz vor Abschiebungen und ein mehr oder minder prekäres Recht zu bleiben. So hat New York mit der City ID einen eigenen Stadtausweis eingeführt, für den der ausländerrechtliche Status keine Rolle spielt. Alle Bürgerinnen und Bürger, die eine Identität und einen Wohnsitz in der Stadt nachweisen, können sich die City ID ausstellen

lassen. Sie wird nicht nur von Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen anerkannt, sondern auch von vielen privaten Unternehmen und sogar von der Polizei. Der Stadtausweis räumt für Menschen ohne Papiere viele Hürden und unberechenbaren Risiken im täglichen Leben aus dem Weg. Wo immer es nötig ist, können sie sich damit ausweisen wie alle anderen New Yorker auch.

In Toronto haben sich Migrantinnen und Migranten aus unterschiedlichen Communities, verschiedene Basisinitiativen und Aktivist*innen von No One Is Illegal zum Netzwerk „Solidarity City Movement“ zusammengeschlossen. Als Bewegung von unten hat das Bündnis die soziale Spaltung der Stadt, den gesellschaftlichen Ausschluss von Papierlosen und den Skandal von Abschiebungen in jedem Stadtteil, in jeder Schule, in jedem Krankenhaus zum Thema und zum politischen Aktionsfeld gemacht. Im Schulterchluss mit Anwaltsvereinen, Kirchengemeinden, Menschenrechtsgruppen, Kulturschaffenden bis hin zu Teilen aus Parteien und der Stadtverwaltung wurden große Kampagnen initiiert beispielsweise für ein Bildungsrecht an den Schulen mit und ohne Papiere, für eine Gesundheitsversorgung für alle oder zur Unterstützung von informellen Beschäftigten. In breiter Allianz und mit einem langen Atem ist es schließlich gelungen, dass der Stadtrat Toronto 2013 offiziell zur Sanctuary City erklärte. Neun Jahre hat der Kampf darum gedauert. Seitdem garantiert die Stadt, Menschen ohne Papiere vor Abschiebung zu schützen und ihnen Zugang zu kommunalen Leistungen und Einrichtungen zu ermöglichen. Heute sorgt das Solidarity City Movement beharrlich dafür, dass der Beschluss des Stadtrats aufrecht- und die damit verbundenen Garantien tatsächlich eingehalten werden.

Auch in Deutschland ist in den letzten Jahren ein Netzwerk von „Solidarity City“-Initiativen entstanden, dem inzwischen mehr als 15 Städte angehören. Angesichts einer aktiven Willkommenskultur im Sommer 2015 und seither anhaltenden Solidarität, einer zunehmend restriktiven Asylpolitik und einer deutlichen Verschärfung in der Bundesabschiebepolitik mehren sich auch hierzulande die Stimmen nach mehr Schutz. Das Erleben von Abschiebungen direkt aus der Schule, vom Arbeitsplatz oder aus dem Kreißaal hat Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen und mobilisiert Gegenwehr.

Von der Staatsbürgerschaft zur Stadtbürgerschaft

Auch in Deutschland haben die Kommunen rechtliche Möglichkeiten, ihre Bürgerinnen und Bürger vor Abschiebung und Illegalisierung zu schützen. Sie ergeben sich nach dem Grundgesetz aus dem Recht zur kommunalen Selbstbestimmung und der Zuständigkeit der Kommunen für die Daseinsfürsorge. Die Bundesländer wiederum haben bestimmte eigene Zuständigkeiten nach dem Aufenthaltsgesetz, bei denen sie Ermessen ausüben dürfen. Auch das Durchführen von Abschiebungen ist Landesaufgabe.

Besondere Handlungsspielräume ergeben sich daraus für die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen, denn sie sind Kommunen und Bundesländer zugleich. Als Kommunen sind sie zuständig für die Ausländerbehörde und das Sozialamt, für die sozialmedizinische Gesundheitsversorgung, die KiTas und die Schulen. Als Bundesländer können sie wohlwollende Verwaltungsvorschriften zur Anwendung des Aufenthaltsgesetzes erlassen und sogar einen dreimonatigen Abschiebestopp verhängen. So haben Hamburg und auch Bremen

auf dieser Grundlage Geflüchtete aus Afghanistan gegen den Willen des Bundes vor Abschiebungen geschützt.

Jenseits der gesetzlichen Spielräume können Solidarity Cities nur in einer Atmosphäre der Toleranz und Solidarität wachsen. In Hafenstädte ist sie besonders häufig anzutreffen. Denn hier sind die globale Zugänglichkeit und Erreichbarkeit für Güter und Menschen aus aller Welt die Grundlage der Existenz. Willkommen und Farewell zählen zum kulturellen Flair, das "buten" und das "binnen", das "wir" und "die anderen" sind symbiotisch miteinander verflochten. Bremen steht in einer solchen hafenstädtischen Tradition. Zugleich ist es eine Bürgerstadt mit einer stadtbürgerschaftlichen Verfassung. Bremen hält auf Unabhängigkeit und einen offenen, liberalen Geist. Die hafenstädtische Kultur und das stadtbürgerschaftliche Selbstbewusstsein sind gute Anknüpfungspunkte für die Grundidee einer Solidarity City: Alle Menschen, die hier leben, sind Teil der Stadtgesellschaft und haben ein Recht auf ihren Schutz und Partizipation.

„Together we are Bremen“

Wir wissen, dass in Bremen Menschen wohnen, die über keinen legalen Aufenthaltsstatus verfügen, auch wenn wir ihre Zahl nicht kennen. Wir wissen auch, dass viele in dieser Stadt leben, die formal nur geduldet und permanent von Abschiebung bedroht sind. Öffentlich sichtbar gemacht haben das die „Gottlieb Daimler People“. Seit März 2018 wehrt sich eine große Gruppe junger Geflüchteter aus dem Sammellager in der Gottlieb-Daimler-Straße gegen die willkürliche Altersfestsetzung durch das Jugendamt, gegen den Transfer in andere Bundesländer, gegen die Abschiebung nach Italien oder in ihren Herkunftsstaat und gegen ihre Illegalisierung. Als „Together we are Bremen“ kämpfen sie für eine Zukunftsperspektive in Bremen. Denn ihr Lebensmittelpunkt ist hier: Sie haben enge Kontakte aufgebaut, Freundinnen und Freunde gewonnen und sind zu einem Teil der Stadt geworden. Jetzt wollen sie endlich zur Schule gehen dürfen, einen Beruf lernen und der Stadtgesellschaft etwas zurückgeben, die sie willkommen geheißen hat - und deren Verwaltung sie außerhalb der Stadtgrenzen transportieren und in eine ungewisse Zukunft schicken will. Ein Solidaritätsnetzwerk von Bremerinnen und Bremern um diese selbstorganisierte Gruppe von Jugendlichen herum sorgt für Wohnraum, hilft beim Spracherlernen und unterstützt im Alltag, etwa bei der Anmeldung zur Schule. Die stößt auf bürokratische Hürden. Denn die Namen der Jugendlichen sind in der zentralen Verwaltungssoftware für Schulpflichtige nicht gespeichert. „Wir, genauso wie all jene Menschen, die sich in ähnlichen Situationen befinden, brauchen die praktische und solidarische Unterstützung der Bremer*innen – mehr denn je“, sagen die „Gottlieb Daimler Jugendlichen“.

Sie haben sichtbar und hörbar gemacht, was für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus gebraucht wird: Schutz und Sicherheit, Wohnraum, medizinische Versorgung, Bildung, Sprache, Ausbildung, Arbeit. Das Solidaritätsnetz sorgt jeden Tag aufs Neue dafür, von all dem zur Verfügung zu stellen, was möglich ist - mit sehr viel persönlichem Kraftaufwand und oftmals gegen behördliche Widerstände, manchmal auch mit deren Unterstützung. Zusammen mit den Jugendlichen stehen sie im Brennpunkt des gesellschaftlichen Konfliktfeldes, für das das Solidarity-City-Konzept nach Lösungen sucht:

Wie findet eine Stadtgesellschaft einen solidarischen Umgang mit Menschen mit prekärem oder keinem Aufenthaltsstatus, denen heute grundlegende Rechte verwehrt werden? Wie bauen viele gemeinsam eine solidarische Stadt, in der nicht nur die Zivilgesellschaft, sondern auch das Stadtparlament und die Verwaltung ihrer Verantwortung gerecht werden, gute Lebensbedingungen für alle zu schaffen?

Das Einfache, das schwer zu machen ist

Der angstfreie Zugang zu allen Möglichkeiten und Ressourcen der Stadt, keine Fragen nach dem Aufenthaltsstatus, keine anlasslosen Polizeikontrollen zur Prüfung der Papiere und der Stopp von Abschiebungen sind die zentralen Themen von Solidarity City. Einige Initiativen haben diesen Kanon angesichts der Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer ergänzt um die Forderung nach „Relocation from above“, also der aktiven Aufnahme von Geretteten, die in Europa niemand aufnehmen will.

Daraus ergeben sich konkrete Aktions- und Handlungsfelder für eine Solidarity City Bewegung in Bremen: Das Kommenkönnen und das Bleiben, Wohnen und Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Arbeit, soziale Sicherheit und schließlich eine Perspektive und Sicherheit für die Zukunft. Es braucht einen langen Atem, eine solidarische Stadt zu bauen. Aber es ist machbar, wenn viele sich beteiligen.

Kommen können: Bremen soll ein sicherer Hafen werden. Das hat die Bürgerschaft als ein starkes Signal bereits beschlossen. Dazu gehört, dass die Stadt mit ihrem Gewicht als Leitstelle der Seenotrettung in Deutschland von Bundesregierung und EU die sofortige Wiederaufnahme der Seenotrettung im Mittelmeer fordert. Bürgerschaft und Bürgermeister sollen sich auch weiter aktiv dafür einsetzen, vor dem Ertrinken gerettete Schiffbrüchige in Bremen aufzunehmen. Ein sicherer Hafen heißt auch: Den Jugendlichen von „Together we are Bremen“ muss der Innensenator schnell einen Aufenthaltsstatus zuerkennen, damit sie endlich ein Zuhause finden. Außerdem soll Bremen den Nachzug von in Europa verstreuten Verwandten oder aus den Fluchtländern unkompliziert ermöglichen. Dabei ist Verwandtschaft sehr viel mehr als die Familie im engen Sinn.

Bleiben: Aus Bremen soll niemand mehr abgeschoben werden. Je mehr Menschen deutlich machen, dass sie diese inhumane Politik nicht mittragen, desto mehr Schutz entsteht in jeder Nachbarschaft, jeder Schule, jedem Betrieb. Warum sollte sich nicht am Ende auch in Deutschland ein Bundesland weigern, Abschiebungen durchzuführen, die die Menschenrechte verletzen und humanitär unerträglich sind? Dazu gehört auch, dass vom Senator für Inneres und der Ausländerbehörde jede gesetzliche Chance genutzt wird, um den Aufenthalt zu festigen und den Aufenthaltsstatus bis zur Einbürgerung „upzugraden“. Schließlich soll erreicht werden, dass bei Ausweiskontrollen oder Behördengängen der Aufenthaltsstatus nicht mehr geprüft wird.

Wohnen: Jeder Bewohner und jede Bewohnerin der Stadt Bremen soll ihren Anspruch auf eine angemessene Wohnung einlösen können. In Lagern darf ab sofort niemand mehr untergebracht werden. Damit der Verdrängungswettbewerb am Wohnungsmarkt ein Ende

findet und genügend bezahlbarer Wohnraum für alle da ist, muss es einen Neustart des gemeinnützigen sozialen Wohnungsbaus geben.

Gesundheit: Für alle Bewohner*innen dieser Stadt muss eine gute medizinische Versorgung zugänglich sein. Deshalb muss es in allen Stadtteilen ausreichend niedergelassene Ärzt*innen und Therapeut*innen geben. Sie müssen bei Bedarf ebenso wie Krankenhäuser jederzeit auf einen Pool von Sprach- und Kulturmittlern zurückgreifen können, die von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Damit medizinische Versorgung auch unabhängig vom Aufenthaltsstatus erreichbar ist, soll in Bremen der anonyme Krankenschein eingeführt werden, wie es ihn in anderen Städten schon gibt. Dafür ist die humanitäre Sprechstunde im Gesundheitsamt ein guter Ausgangspunkt.

Bildung: Bildung ist ein Menschenrecht. Deshalb haben in Bremen schon heute alle Kinder das formale Recht, zur Schule zu gehen - auch dann, wenn ihre Eltern keine Aufenthaltspapiere haben. Dieses Recht wird schon an einigen, aber noch nicht in allen Schulen in Bremen umgesetzt. Deshalb soll es Weiterbildungen zur Rechtslage und zur Sensibilisierung für das Schulpersonal geben. Der Schulbesuch von Kindern, deren Eltern keine Aufenthaltspapiere haben, soll künftig immer eine humanitäre Duldung zur Folge haben. Gleichzeitig muss das Recht auf Bildung auch auf KiTa's ausgeweitet werden.

Ausbildung: Für viele Jugendliche in Bremen ist es schwer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Umso wichtiger ist es, diejenigen zu unterstützen, die es geschafft haben. Junge Geflüchtete brauchen ausbildungsbegleitende Unterstützung von Anfang an. Sie brauchen außerdem Sicherheit, um sich auf das Lernen konzentrieren zu können. Deshalb müssen bei Auszubildenden alle Ermessensspielräume bei der Entscheidung über den möglichst sichersten Aufenthaltsstatus ausgeschöpft werden: In Bremen soll ab sofort eine Ausbildungsduldung in eine Aufenthaltserlaubnis und ein fehlender Aufenthaltsstatus in eine humanitäre Duldung umgewandelt werden.

Arbeit: Das Arbeitsrecht wird von Arbeitgebern am häufigsten bei den Beschäftigten umgangen, die sich wegen ihrer besonders schwachen Position am wenigsten wehren können. Davon sind Menschen ohne Papiere besonders betroffen. Sie sind häufig darauf angewiesen, ihren Lebensunterhalt in extrem ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und unter schwierigsten Bedingungen zu verdienen. Eine kompetente arbeitsrechtliche Beratung für Beschäftigte ohne Aufenthaltspapiere ist deshalb besonders wichtig. Gute Ansatzpunkte sind die beiden gewerkschaftlichen Beratungsstellen, die es in Bremen schon gibt. Nötig sind aber auch aufgeschlossene Arbeitsgerichte, die die gesetzlichen Arbeitsrechte von Papierlosen tatsächlich durchsetzen. Dabei muss zugesichert werden, dass eine Klage am Ende nicht zu einer Ausweisung führt.

Perspektive und Sicherheit für die Zukunft: Der Zugang zu vielen öffentlichen Leistungen und Institutionen in der Stadt hängt von gültigen Ausweis- und Aufenthaltspapieren ab. Eine legale Arbeit findet nur, wem der Lohn überwiesen werden kann, und auch eine Wohnung kann nur mieten, wer ein Konto hat. Ein Bankkonto kann nur eröffnen, wer seine Papiere vorlegt. Eine Meldeadresse ist Voraussetzung für den KiTa-Platz oder die Schulanmeldung. Wer sich aber ohne Aufenthaltspapiere beim Einwohnermeldeamt

registrieren lässt, dessen Daten müssen sofort an die Ausländerbehörde weitergegeben werden. Ein eigener städtischer Ausweis nach New Yorker Vorbild kann ungemein vieles erleichtern. Deshalb soll eine Bremen-Citycard eingeführt werden, die als vollwertiges Ausweisdokument von allen Behörden, öffentlichen Stellen, Banken, anderen Dienstleistern in der Stadt und auch von der Polizei anerkannt wird.

Gleichzeitig soll sich Bremen als Bundesland dafür einsetzen, dass die im Aufenthaltsgesetz verankerte Denunziationspflicht (§ 87 AufenthG) abgeschafft wird. Denn sie verlangt von öffentlichen Stellen mit Ausnahme der Schulen, dass sie bei fehlenden Aufenthaltspapieren sofort die Ausländerbehörde oder die Polizei verständigen. Diese europaweit einmalige Meldepflicht soll durch ein Übermittlungsverbot von Aufenthaltsdaten ersetzt werden. Sicherheit für die Zukunft heißt für Menschen mit einem prekären Aufenthaltsstatus aber vor allem, dass sich ihr Aufenthalt Schritt für Schritt bis zum Einbürgerungsangebot verfestigen lässt. Deshalb müssen die Behörden alle rechtlichen Spielräume nutzen und darüber informieren. Für Menschen ohne Aufenthaltspapiere realisieren sich Perspektiven und Zukunftssicherheit durch wiederkehrende Möglichkeiten, ihren Aufenthalt zu legalisieren. Deshalb soll das Land Bremen zu regelmäßig wiederkehrenden, öffentlich angekündigten Terminen Amnestien für Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht erlassen und Aufenthaltstitel für die Menschen vergeben, die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sind.